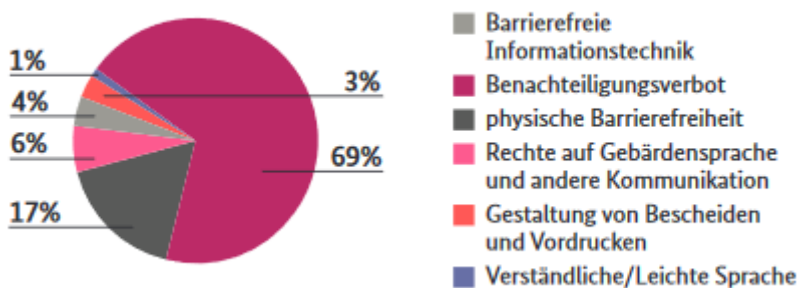


GESUNDHEITSPOLITISCHE NOTIZEN

Jahresbericht 2019 der Schlichtungsstelle BGG

Die Schlichtungsstelle nach § 16 des Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (BGG) hat die Aufgabe, Konflikte zwischen Menschen mit Behinderungen und öffentlichen Stellen des Bundes zu lösen. Die Schlichtungsstelle erstellt jährlich einen Jahresbericht mit einem Überblick zu den durchgeführten Schlichtungsverfahren. Seit gut drei Jahren hilft die Schlichtungsstelle niedrigschwellig, persönlich und kostenfrei. Der jetzt vorliegende dritte Jahresbericht der Schlichtungsstelle BGG macht deutlich, dass sich das außergerichtliche Schlichtungsverfahren im Jahr 2019 weiter etablieren konnte. Mit insgesamt 177 Anträgen lag die Zahl sogar um gut 30 % über dem Durchschnitt der vorherigen Jahre. Die Schlichtungsstelle kann von Menschen mit Behinderungen eingeschaltet werden.

Grund der Antragstellung 2019



(Quelle: Jahresbericht 2019 der Schlichtungsstelle BGG)

Mehr als zwei Drittel der Anträge im Jahr 2019 betrafen das im BGG definierte Benachteiligungsverbot. Dies spiegelt die Tendenz wider, dass immer mehr Menschen mit Behinderungen ihr Recht auf angemessene Vorkehrungen auch in Verbindung mit der Bewilligung von Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Den zweitgrößten Anteil hatten Schlichtungsanträge betreffend die physische Barrierefreiheit. Hierbei ging es oft um das Thema barrierefreie Mobilität im Zusammenhang mit der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Anträge, bei denen das Recht auf Gebärdensprache und andere Kommunikationshilfen, die Gestaltung von Bescheiden und Vordrucken sowie die Verständlichkeit und Leichte Sprache eine Rolle spielten, betrug zusammen unter zehn Prozent.

Den Jahresbericht von 2019 gibt es auch in Deutscher Gebärdensprache und Leichter Sprache.

Weitere Infos: www.behindertenbeauftragter.de

Studie: Hilfetelefon für Frauen hat sich etabliert

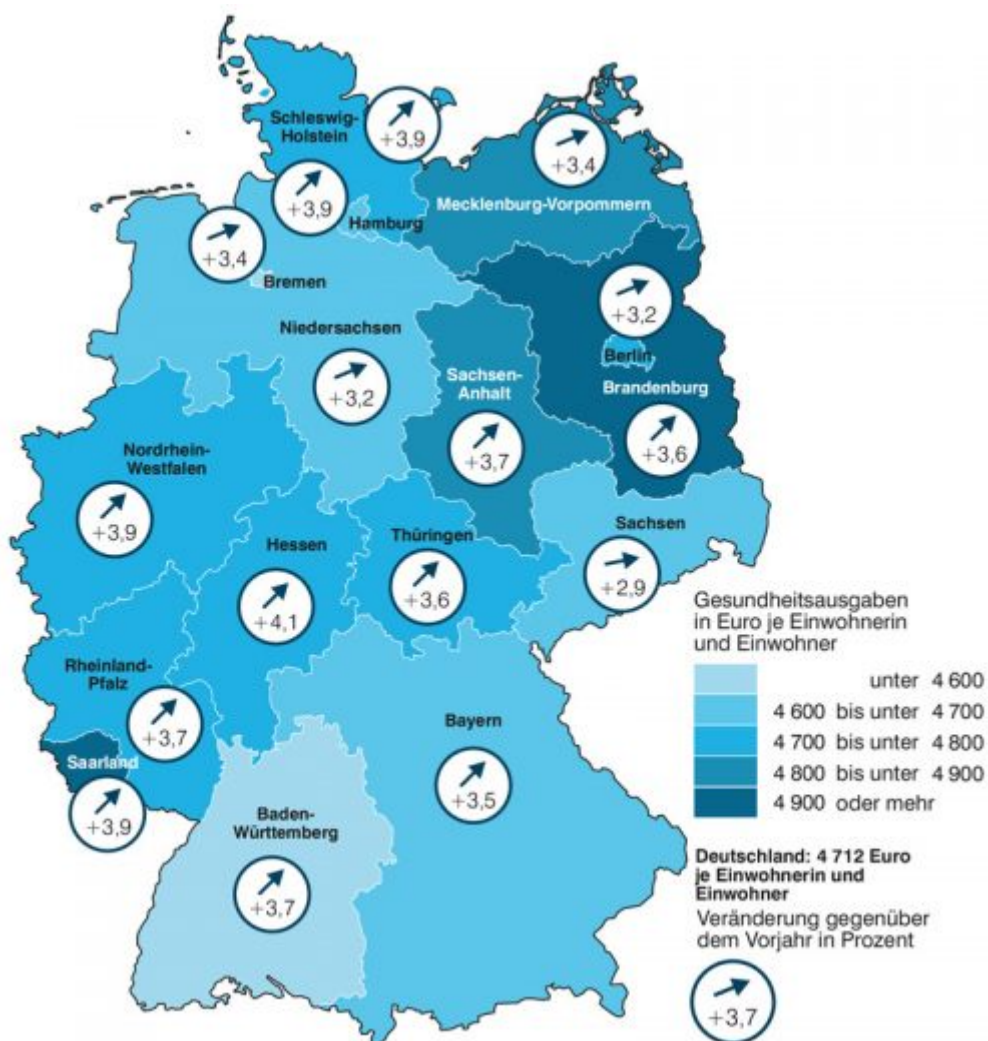
Das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ hat sich etabliert. Der Bekanntheitsgrad des Angebots sei vergleichsweise hoch. Dies zeige die in Auftrag gegebene Studie, teilte das Bundesfamilienministerium mit. Laut Untersuchung stoßen betroffene Frauen im Internet, die nach Beratungsmöglichkeiten suchen, dabei auf das Hilfetelefon. Die Kontaktaufnahme erfolge in neun von zehn Fällen telefonisch und nur in den verbleibenden Fällen über das Internet. Den

Ergebnissen zufolge beraten die Mitarbeiter*innen des Hilfetelefon in 70 Prozent der Fälle direkt von Gewalt betroffene Frauen, Unterstützer*innen (21 Prozent) und Fachkräfte (6 Prozent) bildeten dagegen einen geringeren Anteil der Ratsuchenden. Seit März 2013 wurden mehr als 200.000 Menschen durch das Hilfetelefon beraten.

Weitere Infos: www.bmfsfj.de/bmfsfj/hilfetelefon-gerade-in-der-corona-krise-unverzichtbar/154042

Gesundheitsausgaben der Länder um fast 124 Milliarden Euro gestiegen

Die Gesundheitsausgaben in den Ländern betragen im Jahr 2018 rund 391 Milliarden Euro. Damit verzeichneten sie innerhalb von zehn Jahren einen Zuwachs um fast 124 Milliarden Euro bzw. 46 Prozent.



Gesundheitsausgaben in Deutschland und den Ländern 2018 sowie Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Euro je Einwohner*in.

Datenquelle: Gesundheitsausgabenrechnung der Länder, Gesundheitsausgaben des Bundes, Berechnungsstand: Mai 2020

Die Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ hat außerdem berechnet, dass sich in der sozialen Pflegeversicherung die Ausgaben in diesen zehn Jahren im Mittel der Länder mehr als verdoppelt haben. Sie stiegen im Jahr 2018 auf knapp 40 Milliarden

Euro.

Die Gesundheitsausgaben in den Ländern lagen 2018 zwischen 2,9 Milliarden Euro in Bremen und 85,5 Milliarden Euro in Nordrhein-Westfalen. Im Vergleich zum Vorjahr betrug der Anstieg durchschnittlich vier Prozent. Für Sachsen wurde die geringste Zunahme von 2,9 Prozent ermittelt. In Hamburg hingegen war der größte Anstieg mit 4,7 Prozent zu verzeichnen. Die Pro-Kopf-Ausgaben variierten im Jahr 2018 zwischen 4.282 Euro in Bremen und 5.059 Euro in Brandenburg. Der größte Anteil der Gesundheitsausgaben entfiel auf die gesetzliche Krankenversicherung. Deren Anteil an den Gesundheitsausgaben insgesamt lag im Jahr 2018 zwischen 54,1 Prozent in Bayern und Hamburg und 64,2 Prozent in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Betrachtet man den Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP), so wurde für 2018 in Hamburg mit 7,2 Prozent der geringste und in Brandenburg mit 17,6 Prozent der höchste Anteil ermittelt.

Weitere Infos: <http://www.gerechte-gesundheit-magazin.de/>

Quelle: Onlinemagazin GERECHTE GESUNDHEIT, Ausgabe 52/September 2020

Mehr Organspenden in diesem Jahr

Die Zahl der Organspender in Deutschland ist trotz der Corona-Pandemie gestiegen. Von Januar bis Mai habe es einen Zuwachs von mehr als acht Prozent gegeben, teilte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn mit. Dadurch hätten mehr Menschen eine neue Chance erhalten und ein neues Leben geschenkt bekommen. Insgesamt gab es in den ersten fünf Monaten des Jahres 410 Spender. Laut Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) wurden in den ersten vier Monaten des Jahres fast 2,5 Millionen Organspendeausweise und Flyer bestellt – fast eine halbe Million mehr als im Vorjahreszeitraum. „Das Interesse ist so groß wie nie zuvor“, sagte Spahn. In Deutschland warten rund 9.000 Patienten*innen dringend auf ein Spendeorgan.

Quelle: Gesundheit und Gesellschaft, Ausgabe 7-7/2020, 23. Jg.

Immer mehr Frauen sind betroffen

In Deutschland leben rund 68.000 Opfer weiblicher Genitalverstümmelung. Dies zeigt eine Untersuchung des Bundesfamilienministeriums. Verglichen mit einer Erhebung von 2017 stieg die Zahl der betroffenen Frauen und Mädchen um 44 Prozent. Die Steigerung ist laut Ministerium auf mehr Zuwanderung aus Ländern zurückzuführen, in denen Genitalverstümmelung praktiziert wird. Die meisten Betroffenen stammen aus Eritrea, Somalia, Indonesien, Ägypten und Nigeria. „Weibliche Genitalverstümmelung ist eine schwere Menschenrechtsverletzung und eine archaische Straftat, die Mädchen und Frauen in ihrem Recht auf körperliche Unversehrtheit und sexuelle Selbstbestimmung verletzt“, sagte Bundesfamilienministerin Franziska Giffey. In Deutschland solle so etwas nicht mehr stattfinden.

Quelle: Gesundheit und Gesellschaft, Ausgabe 7-7/2020, 23. Jg.

Mehr Depressionen durch Corona-Krise

In der Corona-Krise hat sich die Zahl schwerer Depressionen vervielfacht. Dies geht aus einer Untersuchung von Wissenschaftlern der Privaten Hochschule Göttingen (PFH) zu den

Auswirkungen der Beschränkungsmaßnahmen hervor. „Aktuelle empirische Untersuchungen zeigen, dass Quarantäne-Maßnahmen von psychologischen Auffälligkeiten wie Depressivität und Stressreaktionen begleitet werden können“, erklärte Youssef Shiban von der PFH. Vor allem für die Gruppe der 18- bis 25-Jährigen sei ein Anstieg im Vergleich zurzeit vor der Pandemie zu beobachten. Ein ähnlicher Trend wie bei Depressivität zeichnet sich laut Shiban für andere Störungen ab, etwa Essstörungen. Rund 2.000 Menschen nahmen online an der Befragung teil.

Quelle: Gesundheit und Gesellschaft, Ausgabe 7-7/2020, 23. Jg.

Kritik an der Bundesregierung

Viele Corona-relevante Vorerkrankungen hätten durch Prävention verhindert werden können. Darauf weist die Deutsche Allianz für Nichtübertragbare Krankheiten hin. „Diabetes, Herzerkrankungen und Tabakabhängigkeit sind alles Vorerkrankungen, die sich durch politische Maßnahmen verringern lassen“, sagt die Präsidentin der Deutschen Diabetes Gesellschaft, Monika Kellerer. Doch die Bundesregierung habe jahrelang die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation ignoriert. Auch deshalb seien mehr Menschen gefährdet, schwer an Covid-19 zu erkranken und zu sterben. Frühere und effektivere Maßnahmen, beispielsweise für eine gesunde Ernährung und zur Eindämmung des Rauchens, hätten die Chancen vieler Betroffener erheblich verbessert, hieß es.

Quelle: Gesundheit und Gesellschaft, Ausgabe 6/2020, 23. Jg.

Deutsche trinken zu viel Alkohol

Der Alkohol-Konsum in Deutschland ist weiter bedenklich hoch: Das geht aus dem „Jahrbuch Sucht 2020“ der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen hervor. Danach tranken Bundesbürger im Jahr 2018 pro Kopf rund 131 Liter an Wein, Bier, Schnaps und anderen Alkoholika. Jeder Deutsche ab 15 Jahren nahm durchschnittlich 10,5 Liter Reinalkohol zu sich. Deutschland zähle international zu den Hochkonsumländern. 2018 hatten drei Millionen Erwachsene in Deutschland eine sogenannte alkoholbezogene Störung.

Quelle: Gesundheit und Gesellschaft, Ausgabe 6/2020, 23. Jg.

Einsamkeit erhöht Sterberisiko

Menschen in Alters- und Pflegeheimen sind besonders von den sozialen Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie betroffen. Laut einer Studie von Forschern der TU Dresden können soziale Isolation und Einsamkeit zu einem früheren Tod führen. Die Wissenschaftler schlagen daher Maßnahmen zur Abmilderung des Risikos vor. „Auch wenn es zu den Auswirkungen der sozialen Isolation im Zuge der aktuellen Corona-Pandemie noch deutlichen Forschungsbedarf gibt, erscheinen Maßnahmen zur Minderung der sozialen Isolation Älterer zur Vermeidung eines erhöhten Sterblichkeitsrisikos sinnvoll“, heißt es in einer Veröffentlichung des „Kompetenznetzes Public Health zu Covid-19“. Die Folgen der sozialen Isolation in Alten- und Pflegeheimen könnten teilweise durch vermehrte „kontaktlose“ Angebote abgemildert werden. Die Forscher*innen weisen auch darauf hin, dass die Ermöglichung von Besuchen durch Angehörige und Freunde unter strenger Berücksichtigung des Infektionsschutzes „von hoher Bedeutung“ für die Gesundheit der Betroffenen sei.

Quelle: Gesundheit und Gesellschaft, Ausgabe 6/2020, 23. Jg.

Weltweit mehr häusliche Gewalt

In der Corona-Krise hat die Gewalt gegen Frauen und Mädchen laut Menschenrechtsorganisationen in Europa zugenommen. Schon vor der Krise habe jede fünfte Frau häusliche Gewalt erlitten, erklärten Amnesty International, Women's Link Worldwide und der internationale Familienplanungs-Dachverband IPPF. Ausgangssperren und Abschottungsmaßnahmen erhöhten das Risiko von Missbrauch innerhalb der Familien. Daten zeigten einen alarmierenden Anstieg in mehreren Ländern. Die Pandemie verdeutliche die Defizite beim Schutz von Frauen und Mädchen. Die Staaten müssten geschlechtsspezifische Gewalt juristisch verfolgen.

Quelle: Gesundheit und Gesellschaft, Ausgabe 6/2020, 23. Jg.

Aline Schneider